

# Die Treverer



**Grüner Rundbrief für Trier und Trier-Saarburg  
August 2007**

Hg. Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Trier-Saarburg

---

## In dieser Ausgabe:

- Infos zur Mitgliederversammlung
- Bedingungsloses Grundeinkommen
- Afghanistan und BDK
- Was macht unser Kreisvorstand?
- Notizen aus dem Kreistag
- Notizen aus dem Stadtrat Trier
- Uranhexafluorid – unbekannte Gefahr
- ADAC-Rallye

---

**Mitgliederversammlung:  
Dienstag, 21. August 2007, 19.30 Uhr  
Trier, Warsberger Hof  
Dietrichstr. 42**

---



*Unsere Mitglieder im Trierer Stadtrat:*

*Raus aus der Käfighaltung !  
Rein in die grüne Mitgliederversammlung !*

## Tagesordnung:

- ◆ Begrüßung, politische Rede des Kreisvorstands
- ◆ Nachwahl zum Kreisvorstand (Vertreter/in der Grünen Jugend)
- ◆ Delegiertenwahl (Landesdelegiertenversammlung, 29.09.2007, Neuwied)
- ◆ Bilanz und Ausblick: Schwerpunkte der Fraktionsarbeit in Stadt und Landkreis
- ◆ Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz: Billiger und besser oder wie?
- ◆ Anträge (u.a. zum Thema Soziales)
- ◆ Verschiedenes

Am 21. August in der KMV:

## Grüne im Rat - Bilanz ziehen

Natürlich wird es eine grüne Kommune in Reinform so schnell nicht geben. Wir können uns aber Gedanken darüber machen, ob wir in der Vergangenheit genug dafür getan haben, diesem Ziel näher zu kommen und was künftig – auch im Hinblick auf das Wahljahr 2009 – dafür getan werden muss. Die Bilanz und der Ausblick auf die **Fraktionsarbeit in Stadt Trier und Landkreis Trier-Saarburg** werden einer der beiden Schwerpunkte unserer nächsten Mitgliederversammlung sein.

Der zweite Schwerpunkt, die **Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz**, geht uns alle mehr an als wir denken: Wird es künftig eine bürgernähere, effizientere, transparentere Organisation der Verwaltungen in Städten, Gemeinden, Verbandsgemeinden, Kreisen und dem Land geben? Oder werden unter dem Druck der demografischen und fiskalischen Entwicklung Dienstleistungsstrukturen vor Ort abgebaut, weitere Kosten auf die Bürger/innen und Kommunen abgewälzt, notwendige ordnungspolitische Aufgaben, z.B. im Umweltbereich, vernachlässigt? Reiner Marz wird uns zu diesem Thema einen Einstieg geben, worüber wir im Anschluss diskutieren werden.

Im Hinblick auf die nächste **Landesdelegiertenversammlung** (LDV) am 29. September, 10.30 Uhr in Neuwied werden wir Gelegenheit haben, Anträge des Kreisverbands an die LDV zu beschließen. Deren politischer Schwerpunkt wird diesmal die Sozialpolitik sein. Zur Vorbereitung darauf findet Ihr in diesem Rundbrief einen Beitrag von Sebastian Wispel über Pro und Contra des sog. „bedingungslosen Grundeinkommens“. 12 Delegierte entsenden wir wieder zur LDV. Der Vorstand wird in der Mitgliederversammlung eine Vorschlagsliste hierzu vorlegen. Wer darin vermerkt werden möchte, meldet sich bitte vorab in unserer Geschäftsstelle:

Fon 0651/48707, Fax 0651/76790  
oder E-Post: [info@gruene-trier.de](mailto:info@gruene-trier.de)

Und nicht zuletzt müssen wir ein Vorstandsmitglied für den schon länger vakanten Sitz der **Grünen Jugend (GJ) im Kreisvorstand** nachwählen. Die neu gegründete GJ hat inzwischen ihre Sprecherin Cornelia (Conny) Fuchs für dieses Amt vorgeschlagen. Conny hat zu ihrer Vorstellung einen kleinen Text verfasst:

*„Geboren wurde ich am 11.05.1983 in Bonn. Seit 2005 studiere ich an der Uni Trier Dipl. Pädagogik. Genauso lange bin ich beim Sozialdienst katholischer Frauen ehrenamtlich in einem Kontakt- und Beratungscafé für sozial benachteiligte Frauen tätig. Seit einem Jahr bringe ich mich zusätzlich in der Betreuung von oftmals minderjährigen Schwangeren und Müttern, sowie im Adoptions- und Pflegekinderdienst mit ein. Deshalb liegt mein Interessenschwerpunkt besonders in der Sozialpolitik. Im Augenblick versuche ich mich im Rahmen der Verkehrspolitik zu engagieren. Bei der Neuformierung der Grünen Jugend am 22.06.2007 bin ich zu ihrer Sprecherin gewählt worden. In meiner Freizeit gehe ich reiten, schwimmen und ab und an ins Kino.“*

So weit unsere Erläuterungen zur Mitgliederversammlung. Es freut sich, Euch am 21. August zu sehen:

*Der Kreisvorstand &  
Ewald Adams, Geschäftsstelle*

## Die Treverer

Grüner Rundbrief für Trier und Trier-Saarburg

**Herausgeberin:**

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Kreisverband Trier-Saarburg  
Am Palastgarten 6, D-54290 TRIER  
Tel. 0651/48707, Fax 0651/76790  
E-mail: [info@gruene-trier-saarburg.de](mailto:info@gruene-trier-saarburg.de)  
Internet: [www.gruene-trier-saarburg.de](http://www.gruene-trier-saarburg.de)

**Bankverbindung:**

Konto 880 666  
Sparkasse Trier, BLZ 585 501 30

**Mitarbeit an dieser Ausgabe:**

Michael Rahe, Claudia Brinkmann, Sebastian Wispel,  
Heide von Schütz, Uschi Britz,  
Ewald Adams ([www.redaktionsdienst.eu](http://www.redaktionsdienst.eu))

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**

Montag, Mittwoch, Freitag, 14 bis 18 Uhr

Im Blickpunkt der LDV:

## „Bedingungsloses Grundeinkommen“

*Zentrales Thema der nächsten Landesdelegiertenversammlung in Neuwied (29. September 2007) wird die künftige Ausgestaltung der Sozialpolitik in Bund und Land sein. Nicht nur unter Grünen, sondern parteiübergreifend wird derzeit über Modelle zum nachhaltigen Schutz vor Armut diskutiert. Gesucht wird nach einer Lösung, die möglichst aufwendungsneutral die Deckung der Grundbedürfnisse aller Menschen mit einem Abbau unnötiger Sozialbürokratie verbindet. Sebastian Wispel stellt das Modell des bedingungslosen Grundeinkommens vor.*

### Worum geht es?

Das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens geht davon aus, dass jeder Mensch ein Recht darauf hat, ohne Gegenleistung und Bedürftigkeitsprüfung eine finanzielle Transferleistung vom Staat zu erhalten. Das Grundeinkommen ersetzt in der Regel andere Sozialleistungen, die der Existenzsicherung dienen, beispielsweise Hartz IV, aber auch Bafög oder Kindergeld. Es existieren verschiedene Konzepte zum bedingungslosen Grundeinkommen, die sich insbesondere in Bezug auf die Höhe unterscheiden. Im Gespräch sind Beträge von etwa 800,- € pro Person, zum Teil aber auch deutlich weniger, bei anderen deutlich mehr. Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens erfordert den umfassenden Umbau des gesamten Steuer- und Transfersystems. Das muss nicht auf einen Schlag geschehen; es gibt Modelle, die eine schrittweise (modulare) Einführung vorsehen.

### Warum?

- Ein bedingungsloses Grundeinkommen lässt die entwürdigenden Bedürftigkeitsprüfungen bei Hartz IV und anderen Leistungen entfallen. Das ist im Sinne der Betroffenen und spart eine Menge an Bürokratie und Kosten ein.
- Das bedingungslose Grundeinkommen ermöglicht echte Freiheit zur individuellen Entfaltung, weil der ökonomische Zwang

zur Arbeitsaufnahme entfällt. Wer mit einem einfachen Leben zufrieden ist, kann endlich soziale und kulturelle Lebenskonzepte verwirklichen.

- Das Grundeinkommen ist gerecht, weil endlich jeder Mensch das Existenzminimum ausgezahlt bekommt.

### Warum nicht?

- Das Grundeinkommen ist nicht finanzierbar. Ein Grundeinkommen von 800,- € pro Person und Monat kostet bei 80 Mio. Bundesbürgern 768 Mrd. Euro im Jahr. Zum Vergleich:

Das ist mehr als wir heute in Deutschland insgesamt an Steuereinnahmen haben. Zwar werden auch Ausgaben eingespart



(Hartz IV, Kindergeld, etc.); der Großteil der bisherigen Sozialleistungen bleibt aber bestehen (Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Rente). Deshalb gehen die weniger durchgerechneten Modelle von Mehrwertsteuersätzen von bis zu 45 Prozent aus.

- Das Grundeinkommen führt zu Lohndumping, weil für die Tarifparteien keine Notwendigkeit mehr besteht, die Existenz durch ausreichend hohe Löhne sicherzustellen.
- Das Grundeinkommen führt zum Verfall der Arbeitsmoral und verfestigt so die Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt.
- Das Grundeinkommen ist ungerecht, weil Bedürftige und Wohlhabende die gleichen Leistungen vom Staat bekommen.

### Was machen wir?

Bisher existieren einige Initiativen innerhalb der Grünen, die sich für ein Grundeinkommen stark machen. Die Grüne Jugend fordert die Einführung des Grundeinkommens. Der Landesverband NRW hat sich auf seinem Parteitag gegen das Grundeinkommen ausgesprochen. Die Begründung: „Die Grüne Existenzsicherung [...] verbindet [...] die Absicherung des Existenzminimums mit dem

Angebot, vorhandene Selbsthilfefähigkeiten zu unterstützen. [...] Insbesondere vor diesem Hintergrund lehnen die Grünen NRW alle Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens ab, die sämtliche bisherigen sozialen Unterstützungssysteme in ihrer Breite ersetzen sollen“.

### **Was machen die anderen?**

Die Linkspartei hat sich für die Einführung eines Grundeinkommens ausgesprochen. Die FDP fordert ein „liberales Bürgergeld“, das aber nicht bedingungslos ist, sondern eine Arbeitsverpflichtung enthält. Die SPD lehnt ein Grundeinkommen ab, weil sie Ausgrenzungseffekte befürchtet. In der CDU hat Thüringens Ministerpräsident Althaus ein durchgerechnetes Grundeinkommensmodell vorgelegt, das momentan kontrovers diskutiert wird.

*Sebastian Wispel,  
Kassierer im Kreisvorstand*

*P.S. In unserer Mitgliederversammlung vom 21. August besteht Gelegenheit, dieses Thema aufzugreifen und evt. eine Position des Kreisverbands für die kommende LDV zu formulieren.*

**Veranstaltungs-Ankündigung zum Vormerken  
(Programmänderungen sind möglich!)**

**Veranstaltung der Bundestagsfraktion  
Bündnis 90/Die Grünen in Bernkastel und Trier**  
mit  
MdB Winfried Hermann (verkehrspol. Sprecher)  
und MdB Ulrike Höfken

**„Verkehr als Stiefkind der Klimapolitik“**

**im Rahmen der Reihe  
“Los bei Grün – Verkehrspolitik für morgen“**

**Donnerstag, 27. September 2007**

**Nachmittags in Bernkastel-Kues:**  
Treffen mit Vertreter/innen des BUND, der Bürgerinitiative gegen den Hochmoselübergang,  
Rechtsanwalt Peter Dyx (angefragt)

**Abends in Trier:**  
19.30 Uhr  
Vorträge und Podiumsdiskussion mit MdB Winfried Hermann, Prof. Dr. Heiner Monheim,  
OB Klaus Jensen (angefragt)

Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben.

*Am 15. September kommt in Göttingen auf Druck von mehr als 44 grünen Kreisverbänden eine Sonder-Bundesdelegiertenversammlung zusammen. Thema: Wie geht die Partei – im Vorfeld der Bundestagsentscheidung über Einsatzverlängerungen – mit der Bundeswehr-Präsenz in Afghanistan um?*

*Unser Kreisvorstandssprecher Michael Rahe kommentiert:*

## **Bilanz ziehen nach dem 11. September**

### **Anmerkungen zum Afghanistan-Sonderparteitag der Grünen**

Auslöser war ja eigentlich der Einsatz der Tornado-Aufklärungsflugzeuge. Seit Neuestem häufen sich aber auch die Bilder von entführten Ausländern. Nach Umfragen ist die deutsche Bevölkerung mehrheitlich gegen die Fortsetzung des Einsatzes der Bundeswehr, die Mehrheit der Volksvertreter ist aber dafür. Wissen die es einfach besser? Offensichtlich wissen sie nicht einmal, wie es angesichts dieser Bilder weitergehen soll. Ich meine: Solange niemand erklären kann, unter welchen Bedingungen die Bundeswehr Afghanistan wieder verlassen wird, solange hat die Bevölkerung gute Gründe den ganzen Einsatz skeptisch zu sehen!

Unsere Abgeordneten und Minister haben uns bislang mit Hohlformeln abg gespeist. Wir müssten unsere "Bündnisverpflichtungen einhalten" oder gar unsere "Entwicklungshelfer schützen". Das ist dummes Zeug. Peter Struck hat 2002 den Satz geprägt, den in diesem Zusammenhang immer alle wiederholen: "Deutschlands Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt". Wirklich verstanden haben ihn offenbar nur die wenigsten. Die Sicherheit "verteidigen" bedeutet, dass (auch) die Bundeswehr - die Adenauer gegen große Widerstände in der Bevölkerung nach dem Krieg überhaupt erst einmal wieder bewaffnet hatte - auch militärisch im Ausland eingreifen darf, wenn die "globale Sicherheit" bedroht wird. Früher nannte man das "Angriff". Wann ein "Angriff" zur "Verteidigung" mutiert, das legt zum Beispiel die

sog. Neue NATO-Strategie fest.

Nun gibt es da auch noch unser Grundgesetz. Aus gutem Grund verbietet es "Angriffskriege". Man mag davon halten was man will, aber mittlerweile hat sich weltweit offensichtlich die Ansicht durchgesetzt, dass der Einsatz in Afghanistan nach dem 11. September kein solcher Angriffskrieg war, und zwar wegen des 11. Septembers. Es war der erste Testfall der Neuen NATO-Doktrin. Das Grundgesetz verlangt aber auch, dass die NATO "friedenswährend" tätig bleiben muss. Und wenn es denn kein Angriffskrieg war, dann fragt man sich schon, was die Streitkräfte da in Afghanistan seit nunmehr sechs Jahren eigentlich machen - sei es OEF im Süden (USA und andere, unter Berufung auf Selbstverteidigung) oder ISAF im Norden (NATO mit UN-Mandat). "Friedenswahrung" und "Bomben" - das passt einfach nicht zusammen. Die vermeintliche Trennung zwischen OEF und ISAF ist längst durch KSK-Einsätze aufgehoben, wird aber wahrheitswidrig immer behauptet. Kurt Beck will "mit gemäßigten Taliban verhandeln". Wer aber Tornados in den Süden entsendet und gleichzeitig verhandeln will, der betreibt Doppelmoral. Erst einmal sollten wir diejenigen maßregeln, die sog. "Kollateralschäden" bewusst in Kauf nehmen. Dabei kneift unser Verteidigungsminister. Und unser Außenminister be-

schränkt sich neuerdings darauf, Entführte frei zu kaufen. Was für eine desaströse Arbeitsteilung. Was wir brauchen sind Perspektiven und mutige Antworten auf unsere Fragen; was wir bekommen ist Stückwerk.



Der Sonderparteitag der Grünen ist daher eine echte Chance, nicht nur für die Grünen: Wir können definieren, was "Friedenswahrung" ist. Wir sagen, wie wir aus Afghanistan wieder herauskommen, OHNE die Bevölkerung im Stich zu lassen. Wir Grünen tragen dazu bei, den Widerspruch zwischen Parlament und Bevölkerung zu beseitigen. Denn sonst entscheidet allein das Militär. Der Bundestag staunt, die Bevölkerung wundert sich.

*Michael Rahe,  
Kreisvorstandssprecher*

---

## Was macht eigentlich ... unser Kreisvorstand?

Ein Überblick über die letzten Wochen

*Von Michael Rahe*

**Unsere friedenspolitischen Initiativen:** Unsere Mitgliederversammlung hat am 15. Mai zu diesem Thema entsprechende Anträge verabschiedet, die auf der Homepage des Kreisverbandes nachzulesen sind ([www.gruene-trier-saarburg.de](http://www.gruene-trier-saarburg.de)). Damit hatte Trier-Saarburg als einer von 44 Kreisverbänden u.a. dafür gesorgt, dass es einen Sonderparteitag gibt, der nun am 15. September in Göttingen stattfinden wird. Michael wird am 4. Dezember an einem

Politiktalk im Friedens- und Umweltzentrum teilnehmen. Er hatte als Zuschauer auch an der mündlichen Verhandlung zum Tornado-Einsatz vor dem Bundesverfassungsgericht teilgenommen. Dazu erscheint demnächst auch ein Beitrag im Rundbrief der Arbeitsgemeinschaft Frieden.

**Unsere verkehrspolitischen Initiativen:** Wir haben mehrere Pressemitteilungen zum Verkehrsgipfel veröffentlicht, die auf der Homepage des Kreisverbandes nachzulesen sind. Außerdem findet am 27. September eine Veranstaltung mit Winne Hermann, dem verkehrspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion, in Trier statt. Für den Herbst planen wir eine Mitgliederversammlung mit dem Themenschwerpunkt "Verkehr". Interessierte können sich beim AK-Verkehr im Vorstand melden: [Heide.vonSchuetz@gmx.de](mailto:Heide.vonSchuetz@gmx.de)

### **Wir sind die Kritische Masse!**

Eine für Trier neuartige Aktionsform erproben am 20. Juli mehr als 30 Radfahrerinnen und Radfahrer. Sie starteten vom Viehmarkt aus zu einer mehr als einstündigen Radtour über die stark befahrenen Straßen der Stadt. "Critical Mass" nennt sich dieser organisierte Zufall, der andernorts längst bekannt ist. Hintergrund: Ab 16 Leuten, der sog. kritischen Masse dürfen sie eine komplette Fahrspur benutzen. Der Vorstand ist von der Aktion begeistert und möchte alle Mitglieder dazu ermutigen mitzuradeln. Die nächste Aktion ist am Freitag, dem 31. August 2007, 16 Uhr, Viehmarktplatz, Trier (weitere Termine: <http://www.critical-mass-trier.de/>).

### **Unsere energiepolitischen Initiativen:**

Der Vorstand hat bereits am 13. März einen energiepolitischen Grundsatzantrag verabschiedet. Darin wird u.a. gefordert, dass die Stadtwerke 10 Millionen Euro in Erneuerbare Energien investieren sollen, entsprechende Gelder könnten durch Verzicht auf die Beteiligung am Kohlekraftwerk freierwerden. Die Beteiligung der RWE soll künftig beendet werden. Werden die Weichen richtig gestellt, dann kann Trier bis 2020 "klimafreundlich, atomstromfrei und erneuerbar versorgt" sein. Auf dem Landesparteitag in Lambrecht konnten wir unseren Antrag durchsetzen, Klimaschutz in die Verfassung aufzunehmen. Am 22. Juni fand in Trier eine öffentliche Energietagung am Dom statt. Ein Follow-Up-Bericht wurde bereits verschickt. Im Herbst werden dem Stadtrat durch das BEET (siehe unten) Einwohneranträge gegen das Kohlekraftwerk und für mehr Erneuerbare überreicht werden. Im Moment fehlen noch 500 Unterschriften. Bis dahin gilt: Unterschreiben und weitergeben!

### **Energie-Bilanz - Gegen die Beteiligung der Stadt an einem Kohlekraftwerk! Für mehr Erneuerbare!**

In München steht ein Hofbräuhaus... Und kein Kohlekraftwerk! Die Stadt München hat sich kürzlich mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen eine Beteiligung an einem Kohlekraftwerk ausgesprochen. Vorausgegangen war eine ausgiebige öffentliche Anhörung von Experten. Umso mehr freut es den Vorstand, dass unser OB die Unterschriftensammlungen und die anhaltenden Demonstrationen des Bündnisses für Erneuerbare

Energien (BEET) ernst nimmt und sich nun auch öffentlich für eine Anhörung ausgesprochen hat. Wir haben ihm bereits eine Liste mit Vorschlägen übermittelt, welche Experten hierfür nach unserer Ansicht in Frage kommen. Inzwischen formiert sich der Widerstand gegen die Beteiligung am Kohlekraftwerk weiter. Die Anti-AKW-Bewegung entlässt ihre Kinder: die Anti-KKW-Bewegung gegen die geplanten neuen Kohlekraftwerke.

Achtung: Die Bewegung braucht Hilfe! Alle die im Herbst dabei mithelfen möchten, eine entsprechende Kundgebung gegen die Beteiligung zu organisieren, sind willkommen! Interessierte können sich in der Geschäftsstelle der Grünen melden oder beim AK-Energie im Vorstand: [rahe@gruene-trier.de](mailto:rahe@gruene-trier.de).

### **Unsere sozialpolitische Initiativen:**

Anlässlich des Telekom-Streikes haben wir uns mit Vertretern von Verdi-Telekom getroffen. Wir nehmen außerdem die Tätigkeit der ARGE\* in der Region kritisch unter die Lupe. Denn wir meinen: Wer fordert, muss auch fördern! Und wenn die ARGE fordert, steht sie in der Verantwortung.

\*Arbeitsgemeinschaften aus Arbeitsagentur und Kommunen, die die Hartz-IV-Mittel verwalten.

### **LDV - Sozialpolitik**

Sind die Grünen noch sozial? Ist Hartz IV der Offenbarungseid einer Partei gewesen, die mal mitregieren wollte? Haben unsere Funktionäre einmal zu oft die Klappe gehalten? Kommt da noch etwas? Wählt uns sowieso niemand mehr, der nicht im öffentlichen Dienst arbeitet? Ist das bedingungslose Grundeinkommen die Lösung des Problems oder der öffentliche Dienst ohne Anwesenheitspflicht? Gegen wen sammelt die SPD eigentlich Unterschriften zum Mindestlohn? Welcher Lohnempfänger will nicht mehr Geld haben? Wer will auch Lohnempfänger werden? Ist die Grüne Marktwirtschaft noch eine, die sozial ist? Diese und andere Fragen werden hoffentlich auf dem nächsten Landesparteitag angesprochen, der am 29. September unter dem Motto "Soziales" stattfinden wird.

*Michael Rahe,  
Kreisvorstandssprecher*

---

## Notizen aus dem Kreis(tag)

Von Heide von Schütz

### Nachgefragt: Bericht über Bahnverbindung nach Luxemburg

Vor dem Hintergrund, dass kürzlich Bundesverkehrsminister Tiefensee auf seinem Besuch in Trier den zweispurigen Ausbau der Strecke Trier-Wasserbillig angekündigt hat, stellte die Kreistagsfraktion den nachfolgenden Berichtsantrag zur Behandlung in der nächsten Kreistagssitzung. Dem liegt die Befürchtung zugrunde, dass die Deutsche Bahn AG selbst bei Fertigstellung der Zweigleisigkeit nicht bereit sein würde, leistungsfähige Fernverbindungen zwischen Luxemburg, Trier und deutschen Zielbahnhöfen des Fernverkehrs zu unterhalten:

*Wir bitten die Verwaltung um Antwort auf folgende Fragen:*

1. Dient der geplante zweispurige Ausbau nur dem regionalen Pendlerverkehr zwischen Lu-



xemburg und Trier oder wird auch eine Ertüchtigung der Strecke für den überregionalen Fernverkehr vorgenommen?

2. Gibt die Bahn AG eine schriftliche Garantie für den Bestand der jetzigen IC-Verbindungen von Luxemburg über Trier ins Rhein-Main-Gebiet?

3. Sind Absprachen mit der DB AG über den Fernverkehr und den Nahverkehr auf dieser Strecke bekannt?  
Wenn ja, welcher Art und welchen Inhalts sind sie?

4. Sind der Verwaltung Konzepte bekannt oder sind solche in Arbeit für den Fall, dass sich die

*DB AG mittelfristig ganz aus dem Fernverkehr auf der Moselstrecke zurückzieht?*

5. Gibt es Vereinbarungen DB-intern - also zwischen Netz und Fernverkehr?

### Angemahnt: Vorsorgeplanung gegen Unfälle mit Uranhexafluorid

Die regelmäßigen Transporte von Uranhexafluorid durch Trier, auf der Obermosel- und der Eifelstrecke stellen ein permanentes Sicherheitsrisiko dar, auf das weder Behörden noch Feuerwehren ausreichend vorbereitet sind (siehe auch den Beitrag von Claudia Brinkmann in diesem "Treverer"). Unsere Kreistagsfraktion hat daher ein Sicherheitskonzept bei der Verwaltung beantragt:

*Begründung:*

*Wir wollen niemand unnötig verunsichern, aber wir müssen den Menschen auch die Wahrheit sagen.*

*Aufbereitetes Uran ist kein Spielzeug und die Transporte sind nicht ungefährlich. Uranhexafluorid (UF-6) ist äußerst giftig. Der Transport erfolgt in Tanks per Bahn u. a. auf der Obermoselstrecke. Wenn UF-6 aus den auf den Waggons befindlichen Tanks entweicht, reagiert es mit der in der Luft enthaltenen Feuchtigkeit zu der hochgiftigen Flusssäure. Diese Flusssäure ist aggressiver als Schwefel, Salpeter- oder Salzsäure und wirkt schon in kleinen Mengen tödlich.*

*Transporte z.B. der Ahaus-Alstätter-Eisenbahn (AAE) für die Firma URENCO (einer Tochter von RWE und E.ON.) kann man leider nicht verbieten. Die Transporte müssen offenbar nicht einmal vom Bundesamt für Strahlenschutz genehmigt werden.*

*Wenn tatsächlich einmal ein Unfall passieren sollte, dann wäre auch der Kreis Trier-Saarburg dazu verpflichtet, entsprechende Rettungsmaßnahmen durchzuführen. Auch die Feuerwehr muss darauf vorbereitet sein. Wir Grünen sprechen uns im Übrigen klar gegen solche Atomtransporte aus.*

*Solange diese Transporte stattfinden, fordern wir ein kommunales Sicherheitskonzept des Kreises.*

### Getadelt: Kreisvolkshochschule muss auf den Stand der Zeit gebracht werden

Ständige Kritik an den organisatorischen und finanziellen Gegebenheiten der Kreisvolkshochschule im Rechnungsprüfungsaus

schuss blieben bisher ohne durchgreifende Änderungen. Es besteht die Chance, nach dem Ausscheiden des jetzigen langjährigen Leiters aus dieser Volkshochschule eine moderne und erfolgreiche Bildungseinrichtung zu machen ... wenn man denn will! Die Fraktion hat dazu eine Diskussion in der nächsten Sitzung des Kreistags beantragt.

Grüne im Rat Trier:

Öfter mal reinschauen:  
[www.gruene-stadtrat-trier.de](http://www.gruene-stadtrat-trier.de)

Was hat die grüne Fraktion im Trierer Stadtrat 2007 schwerpunktmäßig gemacht? Wie sieht die Halbzeitbilanz aus?

Neben der oft sehr umfangreichen Bearbeitung von Verwaltungsvorlagen arbeitet die grüne Fraktion auch immer eigenständig und profiliert.

Unsere Initiativen werden auf der Homepage der Fraktion dokumentiert.

Als einzige Fraktion im Trierer Stadtrat haben wir seit 2004 dort kontinuierlich unsere Arbeit dargestellt und sind auch jeden Tag telefonisch und mündlich erreichbar. Neben Anfragen und Anträgen stellen wir unsere Pressemitteilungen, Reden und Informationen über Profil und Zuständigkeit der einzelnen Ratsmitglieder ein.

Vielleicht macht die neben stehende Liste Euch Lust einmal reinzuschauen und uns im Rathaus oder auf der Mitgliederversammlung Anregungen für die zweite Hälfte 2007 zu geben.

Wir würden uns freuen.

*Uschi Britz,  
Fraktionsgeschäftsführung*

Kontakt:

Fon 0651/48834, Fax 0651/47099

E-Post: [gruene.im.rat@trier.de](mailto:gruene.im.rat@trier.de)

**Anfragen:**

Antwort am

■ <a href="#">Abbau von Ruhebänken im Stadtgebiet</a>	18.07.07	
■ <a href="#">Reinigung und Vermeidung von Belästigungen durch Müll im Zusammenhang mit dem Zurlaubener Heimatfest</a>	04.07.07	16.07.07
■ <a href="#">ADAC-Rallye in Trier</a>	29.05.07	05.06.07
■ <a href="#">Trier Galerie</a>	28.05.07	04.06.07
■ <a href="#">Gestaltungs- und Werbeanlagensatzung</a>	24.04.07	03.05.07
■ <a href="#">Öffentlichkeit von Ausschüssen</a>	20.04.07	16.07.07
■ <a href="#">Brand in Pfalzel</a>	28.03.07	13.04.07
■ <a href="#">Casino am Kornmarkt: Bürgerschaftliche Nutzung</a>	21.02.07	28.02.07

**Anträge:**

Abstimmung:

■ <a href="#">Nutzung des Kunst-rasenplatzes im Moselstadion</a>	03.07.07	 Antrag angenommen
■ <a href="#">Prüfauftrag Archäologisches Stadtkataster</a>	28.06.07	 einstimmig angenommen
■ <a href="#">Änderungsvorschläge Landesentwicklungsprogramm (LEP IV)</a>	15.06.07	 teilweise angenommen
■ <a href="#">Ergänzungs-Antrag "Ortbeiratsbudget"</a>	05.06.07	 einstimmig angenommen
■ <a href="#">Übertragung (public-viewing) der „LiveEarth“-Konzerte</a>	29.05.07	 mehrheitlich abgelehnt
■ <a href="#">Mobilitätskonzept 2020: Festlegung des „Modal Split“</a>	21.02.07	in Ausschuss verwiesen
■ <a href="#">Vergaberichtlinien für die Stadt Trier</a>	21.02.07	 einstimmig angenommen
■ <a href="#">Öffentlichkeit von Aufsichtsratssitzungen</a>	11.01.07	 einstimmig angenommen
■ <a href="#">Faire Verwaltung: Keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit</a>	11.01.07	 modifiziert einstimmig angenommen

## Wussten Sie schon ...?

### Atomtransporte führen regelmäßig auch durch Trier!

Von *Claudia Brinkmann*

Regelmäßig passieren Züge mit radioaktiver Fracht das Trierer Land. Mindestens seit dem Jahr 2001 fahren Gefahrgutzüge mit hochgefährlichem Uranhexafluorid (UF-6) aus der südfranzösischen Atomanlage Pierrelatte in die Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau. Auf ihrem Weg passieren die Uranzüge bei Perl-Apach die deutsch-französische Grenze und durchfahren die Orte Wincheringen, Nittel, Wellen, Temmels, Oberbillig, Wasserliesch, Konz, sowie Trier, Koblenz und weiter durch das Rheinland und Ruhrgebiet nach Gronau. Zum Teil werden sie über Nacht im Güterbahnhof Trier-Ehrang geparkt.

Es handelt sich dabei nicht um den Transport von Brennstäben zur Wiederaufbereitung in den bekannten CASTOR-Behältern. Diese finden durch den rot-grünen Atomausstieg generell nur noch bis 2010 statt. Vielmehr geht es in Trier um Transporte zur Urananreicherung, zur Herstellung des Kernbrennstoffs, der dann in den Atomkraftwerken eingesetzt wird.

Uranhexafluorid ist gasförmig und radioaktiv. Entweicht es aus den Transportbehältern, reagiert es mit der in der Luft enthaltenen Feuchtigkeit zur hochgiftigen Fluorwasserstoffsäure. Fluorwasserstoffsäure ist stark ätzend und zerstört Körpergewebe. Sie ist in dieser Hinsicht aggressiver als Schwefel-, Salpeter- oder Salzsäure und wirkt bereits in kleinen Mengen tödlich. Zudem kann Fluorwasserstoffsäure auch eingeatmet werden. In der Luft gelöst verteilt sich Uranhexafluorid schnell und großflächig in der Umgebung.

Etwa alle zwei bis drei Wochen hält ein solcher Urantransportzug mehrere Stunden auf dem Güterbahnhofsgelände in Trier-Ehrang und wird dort neu zusammengestellt. In unmittelbarer Nähe dieser nuklearen Fracht passieren normale Personenzüge; Wohnbebauung ist nur wenige hundert Meter entfernt.

Verantwortlich für diese Atomtransporte sind alleine die Energiekonzerne, denn auch die Urananreicherungsanlage Gronau wird durch eine Tochterfirma von RWE und E.ON betrieben. Aus Angst vor Protesten halten die Konzerne die Transportwege und die Transportdaten geheim. Eine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag ergab,



dass die Sicherheitsbehörden (Polizei, Rettungsdienste und Feuerwehr) keine Information über die Durchfahrt der Züge haben. Für den Fall einer Entgleisung oder einer Leckage existieren keine speziellen Katastrophenschutzpläne; die Sicherheitskräfte sind auf den Umgang mit Gefahrstoffen dieser Art nicht vorbereitet.

Wir halten es für unverantwortlich, die Rettungskräfte und die Bevölkerung einem solchen Risiko auszusetzen.

#### Wir fordern

- den bereits beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie umzusetzen anstatt ihn in Frage zu stellen
- die Vorbereitung der örtlichen Polizeibehörden, Rettungsdienste und Feuerwehren auf die Gefahrenpotentiale von Uranhexafluorid im Rahmen der konkreten Katastrophen-Einsatzplanung
- die vollständige Information der Öffentlichkeit über die Atomtransporte.

Atomtransporte dürfen den BürgerInnen in Trier und im Landkreis Trier-Saarburg nicht länger verheimlicht werden! Stadt und Kreis

müssen deutlich machen, dass Atomtransporte unerwünscht und überflüssig sind.

### Das beste Sicherungskonzept?

Der endgültige Verzicht auf die Atomenergie. Frischer Wind, Wasser- und Solarkraft sind bei uns willkommen. Atommüll und andere Gifte brauchen wir hier nicht.

*Claudia Brinkmann,  
Kreisvorstandssprecherin*



### liebe mitstreiter/innen fuer die gute sache,

ganz trier hat sich dem rallye-wm-wahn verschrieben. wirklich ganz trier?

ich glaube kaum, wird hier doch die umwelt auf dem altar der vergnuegungssucht und des mammons geopfert.

alle bemuehungen einen sinnvollen automobillagebrauch in den koepfen zu etablieren werden hier ad absurdum gefuehrt. das ist so nicht hinnehmbar.

deshalb wird hiermit zum protest gegen den wahnsinn auf vier raedern aufgerufen.

die vielfaeltigen auswirkungen des motorisierten verkehrs auf unsere umwelt (energie/ressourcenverbrauch, zerschneidung von lebensraeumen, abstoffe, in/direkte geschaedigte bzw. getoetete lebewesen etc.) sind immens und mit eins der groessten vom menschen verursachten probleme. und die-

ses monster wird zum spass einiger und dem profit einiger noch weniger gehaetschelt wie ein goldenes kalb. obwohl der beirat fuer umwelt und sport beim bundesumweltministerium in seiner fachlichen erlaeuterung zum begriff der natur- und landschaftsvertraeglichkeit motorsport ganz klar als nicht naturvertraeglich einstuft.

aber was tun? am 16.08. und 19.08.2007 ab 16:00 auf dem kornmarkt praesenz zeigen und fuer einen sinnvollen umgang mit der umwelt werben.

wir haben mahnwachengenehmigung fuer kornmarkt/johann-philip-str./konstantinstr. und infostanderlaubnis fuer kornmarkt bzw. fleischstr. (am 19ten faehrt der tross durch die fleischstr.). es waere nur etwas schade wenn wir alleine da stehen wuerden, deshalb kommt ALLE. als verein/gruppe oder privatperson. jeder ist herzlich willkommen. bringt auch ruhig die ganze verwandtschaft und bekannte mit.

ich denke dies ist eine gute gelegenheit auf unsere anliegen aufmerksam zu machen. falls fragen...fragen.

**gruß marco**

[marco@gruenistdiehoffnung.de](mailto:marco@gruenistdiehoffnung.de)

*In eigener Sache*

### *Nachruf*

**Josef Kilimke**

*geb. 1.7.1953*

*gest. 18.7.2007*

*Am 18. Juli 2007 ist Josef Kilimke, Gründungsmitglied unseres Kreisverbands, plötzlich und unerwartet verstorben. Josef war in der Gründungsphase der Partei rheinland-pfälzischer Vertreter im Bundeshauptausschuss, dem damals zweithöchsten Gremium der Grünen. 1981 veröffentlichte er – auf der Grundlage der Arbeitsergebnisse eines AK unseres Kreisverbands – die Broschüre „Atomkraft – Risiko ohne Grenzen“ über die Gefahren des AKW Cattenom. Josef lebte zuletzt in Saarbrücken.*

*Wir werden ihn nicht vergessen.*